

Diskriminierungen und rechte, gruppenbezogen menschenfeindliche Gewalt in München 2019: Genau hinsehen und Betroffene unterstützen!

- **Die Fallzahlen von BEFORE steigen weiter: 264 Fälle hat die Beratungsstelle 2019 begleitet**
- **Die behördliche Einordnung rechter und gruppenbezogen menschenfeindlicher Gewalt in München muss dringend verbessert werden**
- **Mehrfachdiskriminierungen treffen Menschen mit vielfacher Wucht**

München, 5. März 2020 – Rechte, gruppenbezogen menschenfeindliche Gewalt und Diskriminierungen sind in München für eine große Zahl von Menschen eine Bedrohung – der Bedarf an Beratung für Betroffene ist enorm. 2019 ist die Zahl der Beratungsfälle bei BEFORE im dritten Jahr in Folge stark angestiegen: Die Berater*innen unterstützten Betroffene in insgesamt 264 Fällen.

Diskriminierungen finden besonders häufig statt, wenn Menschen von den Entscheidungen Anderer abhängig sind. Diese Hierarchien machen den Arbeitsplatz, Behörden, das Gesundheitswesen aber auch Schulen zu Orten, an denen Menschen oft durch Personen in Machtpositionen diskriminiert werden.

Die Konsequenzen sind gravierend: Die wirtschaftliche Lebensgrundlage wird gefährdet, wenn der Beruf durch Diskriminierungen unmöglich wird. Werden Betroffene durch eine Lehrkraft diskriminiert, kann ihnen das die gewünschte Ausbildung verbauen. Eine Diskriminierung im Wohnumfeld nimmt den betroffenen Menschen potentiell buchstäblich das Dach über dem Kopf, im Gesundheitswesen wird ihnen der Zugang zu lebenswichtigen Behandlungen versperrt. Zugangsverwehrungen wie diese treffen Menschen auch in München tagtäglich.

In unserer Beratungspraxis treten unterschiedliche Diskriminierungen häufig gemeinsam auf. Menschen werden etwa sowohl mit Bezug zu ihrer angenommenen Herkunft als auch ihrem sozialen Status abgewertet und ausgegrenzt. Den Betroffenen wird damit mehrfach die Gleichwertigkeit abgesprochen.

„Wir erlebten in unserer Arbeit leider auch 2019 häufig, dass Betroffene von Diskriminierungen nicht ernstgenommen wurden, wenn sie von ihren Erfahrungen berichteten. Das nimmt diesen Menschen ihre Sichtweise während sie ohnehin mit den Folgen der schmerzhaften Erlebnisse kämpfen. Wir müssen Betroffenen zuhören und Diskriminierungen als gesamtgesellschaftliches Problem begreifen!“, sagt Léa Rei, Beraterin bei BEFORE.



BEFORE

Beratung und Unterstützung
bei Diskriminierung, Rassismus
und rechter Gewalt

Die Formen rechter und gruppenbezogen menschenfeindlicher Angriffe in München werden zahlreicher. Neben strafrechtlich relevanten Strategien finden viele Angriffe auf Betroffene unter der Schwelle der Strafbarkeit statt. Menschen werden zum Beispiel mit Hasskommentaren, Falschverdächtigungen oder Gegenanzeigen überzogen. Besonders im Umfeld rechter Veranstaltungen werden Betroffene zunehmend zum Ziel solcher Angriffsstrategien. Viele Angriffe ereignen sich online und werden auf rechten Internet-Plattformen weiterverbreitet, die immer wieder auch personenbezogene Daten Betroffener veröffentlichen.

„Sicherheitsbehörden sollten sich selbst über die Strategien der extremen Rechten auf dem neuesten Stand halten. Den Betroffenen müssen sie es in allen Fällen rechter Gewalt ermöglichen, die Beratungsstelle als ladungsfähige Adresse anzugeben, damit ihre persönlichen Daten nicht in den Händen Rechtsextremer landen! So können sie in der Praxis besser geschützt werden“, erklärt Karoline Staude, Beraterin bei BEFORE.

Die fehlende Wahrnehmung rechter und gruppenbezogen menschenfeindlicher Angriffe durch die zuständigen Behörden ist weiterhin ein Problem. Fast die Hälfte der Fälle rechter Angriffe in denen BEFORE 2019 Betroffene beraten hat, wurden von der Polizei nicht als rechtsmotiviert eingeordnet!

„Dass die Polizei rechte Gewalt nicht angemessen einordnet, ist ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen. Damit wird ihnen ihre Perspektive abgesprochen und die Wirkung der Taten verstärkt. Die Sicht der Betroffenen muss ernstgenommen und die Sensibilisierung der Behörden endlich verbessert werden!“ betont Damian Groten, Pressesprecher von BEFORE.

Die Auswirkungen des rechten Attentates am Olympia-Einkaufszentrum 2016 halten für die Betroffenen an. Zusätzlich zum Umgang mit den Schmerzen aufgrund des Verlustes eines geliebten Menschen, ist für viele die Erinnerung wichtig – unter anderem im Rahmen des Jahrestages des Anschlages am 22. Juli. Dass im Jahr 2019 endlich auch die bayerischen Sicherheitsbehörden den rechten Hintergrund des Attentates anerkannt haben, ist der Beharrlichkeit der Betroffenen zu verdanken, die hierauf in den vergangenen drei Jahren immer wieder gedrängt hatten.

Für den Fonds der Stadt München zur Unterstützung der Betroffenen des Oktoberfestattentates stellte der Stadtrat im Sommer 2019 weitere 50.000 Euro zur Verfügung. Nachdem die Generalbundesanwaltschaft alle Betroffenen mit einem Schreiben auf den Fonds hingewiesen hatte, meldeten sich zahlreiche der insgesamt mehr als 200 betroffenen Personen in der Beratungsstelle.

„Bis über die Stadt- und sogar die Landesgrenzen hinaus nahmen Betroffene Kontakt mit BEFORE auf – für einige war es das erste Mal, dass sie sich wieder aktiv mit den schrecklichen Erlebnissen beschäftigten. Bis zum heutigen Tag wurden insgesamt 36 Anträge auf Unterstützung aus dem Fonds gestellt“, sagt Christine Umpfenbach, Beraterin bei BEFORE.

Das Gedenken an die zahlreichen rechten Gewalttaten in München muss in der Stadtgesellschaft einen prominenten Platz haben und aktiv gestaltet werden. Im vergangenen Jahr erinnerte BEFORE unter anderem mit einer Kundgebung in Ramersdorf am Jahrestag seiner Ermordung 2001 an Habil Kiliç.

„Vom Oktoberfestattentat über die NSU-Morde und das Attentat am Olympia-Einkaufszentrum führt eine ideologische Linie zu dem Mord an Walter Lübcke und den Terroranschlägen in Halle und Hanau. Das muss auch in einem aktiven Gedenken an diese Taten immer wieder deutlich gemacht werden!“



BEFORE

Beratung und Unterstützung
bei Diskriminierung, Rassismus
und rechter Gewalt

Die deutschen Sicherheitsbehörden müssen ihre Wahrnehmung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechter Ideologien drastisch steigern. Dem gesamtgesellschaftlichen Problem der Abwertung von Menschen können wir nur begegnen, wenn wir die Betroffenenperspektive ernstnehmen und es alle gemeinsam intensiv in sämtlichen Bereichen der Gesellschaft angehen“, fordert Siegfried Benker, Geschäftsführender Vorstand, BEFORE e.V.

„Wir wissen aus der Arbeit von BEFORE, dass Diskriminierungen und rechte Gewalt zwei Seiten des gleichen Problems sind: Die Vorstellung, dass Menschen aufgrund von Merkmalen wie etwa Religion, Hautfarbe oder Geschlecht weniger oder mehr zählen. Der Anschlag in Hanau hat ein Mal mehr deutlich gemacht, welche tödliche Gefahr für Menschen von Rassismus und anderen Formen der Abwertung ausgeht. Schützen und unterstützen wir die Betroffenen – gegen Anschläge und die Ausgrenzungen im Alltag! Dabei sind nicht nur die Behörden, sondern alle Menschen gefordert. Insgesamt ist die Lage heute noch dramatischer als bei der Einrichtung von BEFORE vor vier Jahren!“, sagt Christian Ude, 1. Vorsitzender, BEFORE e.V.

Nähere Informationen zur Beratungsstelle sind auf www.before-muenchen.de einsehbar, BEFORE wird von der Landeshauptstadt München jährlich mit einer Summe von 439.202 Euro gefördert.

Nachstehend finden Sie Statistiken zur Arbeit von BEFORE im Jahr 2019. Für Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an presse@before-muenchen.de.

Opferberatung

Die Opferberatung für rechte, gruppenbezogen menschenfeindliche Gewalt hat im Jahr 2019 in insgesamt 114 Fällen Betroffene begleitet und beraten. Hinter diesen Fallzahlen stehen insgesamt 146 Ratsuchende, darunter neun Kinder (bis 12 Jahre) und 17 Jugendliche (bis 21 Jahre).



BEFORE

Beratung und Unterstützung bei Diskriminierung, Rassismus und rechter Gewalt

FORM DES ANGRIFFS

Mehrfachnennungen möglich

Beleidigung	44
Bedrohung/Nötigung	43
Einfache Körperverletzung	23
Tötung	8
Gefährliche Körperverletzung/versuchte Tötung	7
Versuchte Körperverletzung	4
Zivilrechtliche Verstöße (AGG)	4
Sonstige Gewalt ¹	71

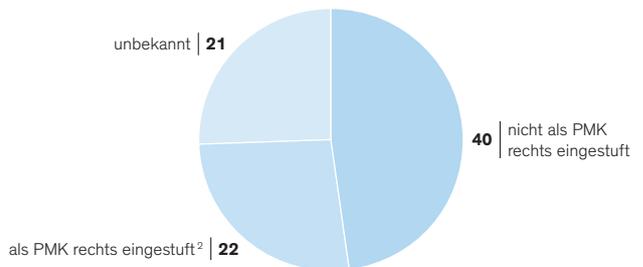
¹ z.B. Hetzvideos, Sachbeschädigung, Racial Profiling, Anspucken, Schubsen, Hatespeech, Angriffe auf Haustiere, Rauswurf, Abfilmen, Gegenanzeigen, Veröffentlichung von persönlichen Daten im Internet, Falschverdächtigungen, Zeigen unerlaubter Symbole, NS-Verherrlichung, etc.

WO FINDEN DIE ANGRIFFE STATT?

1	öffentlicher Raum	46
2	Einkaufszentrum/Supermarkt	11
3	Wohnumfeld	11
4	öffentliches Verkehrsmittel	7
5	Asylunterkunft/Umfeld	7
6	Demonstration/am Rande von Demonstration	6
7	Internet/soziale Netzwerke	5
8	Arbeitsplatz	5
9	Bahnhof/Haltestelle	4
10	Restaurant/Diskotheek/Bar/Kneipe	3
11	Behörde	2
12	Gesundheitssystem	1
13	Freizeiteinrichtung	1
14	Gedenkstätte	1
15	Schule	1
16	keine Angabe/unbekannt	3

WIE WERDEN DIE ANGEZEIGTEN FÄLLE BEHÖRDLICH BEHANDELT?

Bezieht sich auf die 83 Beratungsfälle, in denen eine Anzeige gemacht wurde



² PMK rechts steht für Politisch motivierte Kriminalität – rechts

WELCHE TATMOTIVE/MOTIVATIONEN/FEINDBILDER STEHEN HINTER DEN ANGRIFFEN?³

1	Rassismus	95
	davon antimuslimischer Rassismus	13
2	nicht-rechts/alternativ	17
3	politische Einstellung	16
4	Weltanschauung/Religion	15
5	visuelle Merkmale	14
6	sexuelle Orientierung	5
7	Sozialdarwinismus	3
8	Antisemitismus	2
9	Sprachvermögen	1
10	unbekannt/nicht eindeutig	25

³ Mehrfachnennungen möglich, Grundlage ist die Wahrnehmung der Betroffenen und die Einschätzung der Berater*innen

Antidiskriminierungsberatung

Der Fachbereich Antidiskriminierungsberatung hat im Jahr 2019 in 150 Diskriminierungsfällen Beratung geleistet. Dabei unterstützten die Berater*innen insgesamt 245 Ratsuchende.



BEFORE

Beratung und Unterstützung bei Diskriminierung, Rassismus und rechter Gewalt

DISKRIMINIERUNGSFORMEN

Mehrfachnennungen möglich

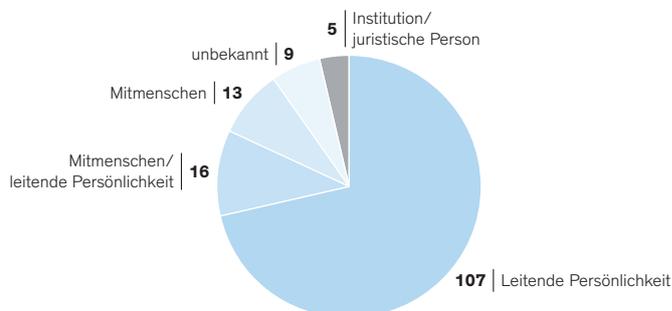
Zugangsverweigerung	75
Beleidigung	67
Sonstiges ³	57
Zivilrechtliche Verstöße (AGG)	38
Mobbing	35
Bedrohung/Nötigung	22
keine Angabe	1

³ z. B. Hatespeech, Geschichtsleugnung, Sachbeschädigung, Versuch der finanziellen Ruinierung, sexuelle Belästigung, Falschverdächtigung, Falschinformation, Kündigung, Bedrohung, Sanktionierung, Racial Profiling, Provokation, diskriminierende „Witze“ etc.

IN WELCHEN LEBENSBEREICHEN FINDET DISKRIMINIERUNG STATT?

1 Arbeitsplatz	41
2 Behörden	24
3 Schule	15
4 Wohnumfeld	12
5 Arbeitsmarkt	9
6 Gesundheitssystem	8
7 Wohnungsmarkt	7
8 Universität	6
9 öffentlicher Raum	4
10 öffentliches Verkehrsmittel	4
11 Behörde mit anderem Lebensbereich	4
12 Restaurant/Nachtclub/Bar	3
13 Einkaufsmarkt/Supermarkt	3
14 Freizeit-/Sporteinrichtung	3
15 Asylunterkunft/Umfeld	3
16 Kindergarten	2
17 Institution	2
18 Dienstleistung	1
19 Bank	1
20 Geschäftswelt	1
21 unbekannt	1

STELLUNG DER VERURSACHER*INNEN ZU DEN BETROFFENEN



WELCHE TATMOTIVE/MOTIVATIONEN/FEINDBILDER STEHEN HINTER DEN ANGRIFFEN?⁴

1 Rassismus	115
davon antimuslimischer Rassismus	28
2 Weltanschauung/Religion	24
3 visuelle Merkmale	24
4 Behinderung	14
5 Sprachvermögen	14
6 Gender	14
7 Sonstiges ⁵	14
8 Antisemitismus	8
9 Sozialdarwinismus	5
10 politische Einstellung	3
11 sexuelle Orientierung	3
12 zugeschriebenes Alter	3
13 unbekannt	2

⁴ Mehrfachnennungen möglich, Grundlage ist die Wahrnehmung der Betroffenen und die Einschätzung der Berater*innen

⁵ z. B. Profitgier, Rechtsradikalismus, Sexismus etc.